



Das Programm der SPD Baden-Baden

für die

Kommunalwahl am 09. Juni 2024

Für ein gerechtes und modernes Baden-Baden

(Beschlossen am 13. Januar 2024
von der Mitgliederversammlung der SPD Baden-Baden)

Inhaltsverzeichnis

1. Präambel	3
2. Verkehr	3
3. Energiewende & Klimaschutz	7
4. Wohnungen & Stadtentwicklung	8
5. Soziales & Migration	10
6. Kultur	11
7. Bildung & Betreuung	12
8. Zentralklinikum	13
9. Wirtschaft	13
10. Welterbe	14
11. Verwaltung	14
Wahlprogramm Ortschaftsrat Haueneberstein	16
Wahlprogramm Ortschaftsrat Rebland:	17
Wahlprogramm Ortschaftsrat Sandweier	18

1. Präambel

Baden-Baden braucht dringender denn je eine **starke Sozialdemokratie**.

Klimawandel, Flüchtlingskrise, Investitionsstau bei Brücken und Straßen und vieles, vieles mehr sind Aufgaben für die kommenden Jahre, die einen starken sozialen Aspekt dringend benötigen.

Die **moderne Stadt** setzt auf Weltoffenheit, Nachhaltigkeit und soziale Inklusion und muss sich an den Bedürfnissen aller ihrer Bürgerinnen und Bürger orientieren.

Gerechtigkeit, Solidarität und Wohlstand werden daher, trotz der großen Herausforderungen, die uns die Zukunft abverlangt, Fundamente unseres politischen Handelns bleiben.

Hierfür bitten wir um Ihre Stimme bei der Kommunal- und Europawahl am 9. Juni 2024

2. Verkehr

Baden-Baden steht bei der Organisation des öffentlichen und individuellen Verkehrs weiterhin vor einem dringenden Handlungsbedarf.

Unser Verkehrs-, Park- und Leitsystem hat, wie von uns vorhergesagt, keine Verbesserung herbeigeführt. Wir benötigen Maßnahmen, die den überproportionalen Individualverkehr reduzieren. Hierdurch wird nicht nur das Klima geschont, sondern auch die Stadt für Bürger und Gäste lebenswerter gemacht.

Es ist in den letzten Jahren schon einiges erreicht worden (Sperrung Fieserbrücke, Ausweitung Tempo-30-Zonen usw.). Der „große Wurf“ ist leider noch nicht erfolgt.

Wir wollen uns für ein umfassendes Verkehrskonzept und nicht nur für Einzelmaßnahmen einsetzen.

Die SPD Baden-Baden wird sich dafür einsetzen, dass

- der ÖPNV attraktiver gestaltet wird
- der Rad- und Fußverkehr gestärkt wird
- der Verkehr mit privaten Kfz reduziert wird.

Um diese Ziele zu erreichen, schlagen wir folgende konkrete Maßnahmen vor.

2.1. Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV)

- Der **Busverkehr** muss bezahlbarer, verlässlicher, pünktlicher und sozialer ausgestaltet werden.
- Die Stadtteile sollen weiter in eine **On-Demand Planung** einbezogen und das Angebot ausgeweitet werden.
- Das Neubaugebiet am **SWR/Tannenhof** soll schnellstmöglich mit einer Buslinie bedient werden, im Sinne der Anwohner aber auch der Pendlerinnen und Pendler
- Wir wollen prüfen, ob nicht ganz **neue Verkehrsmittel** in Betracht kommen. Hierbei denken wir vor allen an eine schienengebundene Verbindung vom Bahnhof Oos bis zum Festspielhaus entweder über die Rheinstraße oder die B 500. Alternativ halten wir eine Seilbahn auf dieser Strecke für ein sinnvolles Projekt, das auch die touristische Attraktivität der Stadt erhöhen könnte.
- Wir fordern den Aufsichtsrat des KVV auf, einen **Kurzstreckentarif** auch in Baden-Baden einzuführen, wie wir es schon öfters gefordert hatten.
- Die **Digitalisierung** des ÖPNV muss weitergehen, insbesondere in Richtung einer Anpassung des Bedarfs und einem entsprechenden Angebot. Nur so können wir schlecht ausgelastete Beförderungskapazitäten vermeiden. Wir streben an, das System der **Anruflinientaxis** zu beenden und alternativ ein System von On-Demand-Bussen (fahren auf Anfrage) einzuführen. Es muss im gesamten Stadtgebiet und in den umgrenzenden Kommunen angeboten werden. Im Zuge der weiteren Digitalisierung, fordern wir einen Ausbau der **Infotafeln** mit den aktuellen, echten Abfahrtszeiten der Busse, speziell an Haltestellen wo es verschiedene Umsteigemöglichkeiten gibt.
- Wir fordern das Land auf, entlang der B500 einen durchgehenden **Mobilfunkempfang** zu garantieren und an den zentralen Haltestellen, wie z.B. Sand-Kapelle und Mummelsee Infomonitore mit den Echtzeiten der Ankunftszeiten der Busse anzubringen.
- Das System von **Park & Ride** muss weiter verbessert werden. Insbesondere die Nutzung der Shuttlebusse muss attraktiver werden, damit die regelmäßig zu beobachtenden Verkehrsstaus bei großen Events in der Innenstadt vermindert werden. Die Belastung der Bewohner der Innenstadt muss ein Ende finden.
- Wir fordern die DEHOGA erneut auf, sich an einer **KONUS-Gästekarte** zu beteiligen. Sie gilt als Freifahrt-Ticket für Busse und Bahnen in der Ferienregion Schwarzwald, von Pforzheim bis Basel, Karlsruhe bis Waldshut, kreuz und quer durch neun Verkehrsverbünde – beliebig oft während des Urlaubs und völlig gratis!

- Um den ÖPNV bis in die Jahre 2040 oder 2050 zukunftsfähig weiter zu entwickeln, wollen wir das Thema **Autonomes Fahren** diskutieren. Diese Systeme könnten das öffentliche Verkehrsmittel der Zukunft sein, weil sie viele Herausforderungen des aktuellen ÖPNV auf einen Schlag zu lösen versprechen. Deshalb schlagen wir vor, schnellst möglich eine **Vorstudie zur Umsetzung** dieses Systems in Baden-Baden zu erstellen, um Fehlinvestitionen im Straßenbau und in der Struktur des ÖPNV zu vermeiden. Diese Studie wäre Grundlage für eine breite Diskussion in unserer Stadt und für richtungsweisende Entscheidungen für die Lebensqualität in unserer Stadt.
- Wir fordern den Ausbau des **grenzüberschreitenden ÖPNV-Verkehrs** ins Elsass weiter zu forcieren und die Wintersdorfer Brücke wieder für den Schienenverkehr zu öffnen. Eine S-Bahnverbindung Rastatt- Haguenau- Saarbrücken würde die gesamte Region stärken.

2.2. Radverkehr

- Den Radverkehr wollen wir weiter ausbauen. Er muss sicherer und attraktiver gestaltet werden. Das erreichen wir durch den gezielten **Ausbau der Infrastruktur**. Aktuell erscheint das Radwegesystem als Stückwerk, was zu Sicherheitsproblemen führt. Wir schlagen vor, das Radwegesystem auch optisch zu vereinheitlichen („Das rote Band“).
- Das Projekt der **Radallee** vom Bahnhof Oos über Festspielhaus bis zur Geroldsauer Mühle unterstützen wir. Wir sehen allerdings starken Verbesserungsbedarf bei der **Fahrradquerung am Verfassungsplatz**. Dies kann durch den Bau einer Fahrradbrücke über der Einfahrt in den Michaelstunnel erreicht werden. Außerdem sollte es einen sicheren und durchgehenden Radweg von Baden-Baden über Sandweier bis nach Rastatt geben. Dies wird insbesondere nach der Inbetriebnahme des neuen Zentralklinikums relevant.
- Der Radverkehr benötigt an einigen Stellen eine vom Auto- und auch vom Fußverkehr **getrennte Infrastruktur**. Nur so können z. B. die Chancen durch die Teilmotorisierung der Fahrräder (Pedelects) genutzt und gleichzeitig neue Risiken (für Fußgänger) vermieden werden. Dann könnte auch die Nutzung von Lastenrädern attraktiver werden.
- Es müssen mehr **Abstellflächen für Fahrräder** ausgewiesen werden. Schon jetzt sind die vorhandenen Flächen oft überfüllt. Bei großen Events in der Kernstadt sollten in Zukunft bewachte Großparkplätze eingerichtet werden, z.B. auf den Parkplatzflächen beim Festspielhaus.
- Wir fordern die Stadtverwaltung, den Kreistag, das Regierungspräsidium und alle beteiligten Institutionen des Landes BaWü und der Region Grand Est/Elsass auf die Staustufe Iffezheim so auszubauen, damit ein **durchgehender Radverkehr** ins Elsass möglich wird.

2.3. Ruhender Verkehr

- Wir wollen **Park & Ride** ausbauen, vor allem am Bahnhof Oos. Das System muss insgesamt attraktiver werden.
- Wir regen an, für die Einrichtung eines Systems, bei dem **Parkgebühren bei Einkauf** in den Geschäften der Innenstadt (zumindest teilweise) rückvergütet werden, einen neuen Anlauf zu wagen.
- Bei Events sollten die **Parkgebühren** in den Parkhäusern der Innenstadt angehoben werden, um mehr Menschen zu motivieren, Park & Ride zu nutzen und mit dem ÖPNV kostenlos in die Innenstadt zu fahren. Dabei muss die Taktung verbessert und ein digitales Informationssystem zu den Abfahrtszeiten etabliert werden.
- Das **Bezahlsystem** in den Innenstadtparkhäusern muss endlich vereinheitlicht werden.
- Die Gebührenordnung für das **Bewohnerparken** muss moderat angepasst und digitalisiert werden, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.
- Die Einnahmen aus den **Parkgebühren** für ober- oder unterirdisches Parken sollten direkt zur Finanzierung des ÖPNV herangezogen werden.
- Wir wollen den Ausbau der **Ladeinfrastruktur** für Elektromobilität weiter forcieren. Der Schwerpunkt sollte dabei auf leistungsstarken Schnellladestationen liegen. Diese bieten für die Elektroautos der neuesten Generation mehr Komfort und gewährleisten den Stadtwerken als bevorzugtem Betreiber ein nachhaltiges Geschäftsmodell. Denn mit Schnellladestationen können mehr Fahrzeuge in der gleichen Zeit geladen und somit mehr Strom verkauft werden. Wir fordern daher konkret die Errichtung von **Schnellladeparks** an zentralen Standorten in der Innenstadt und den Teilorten.

2.4. Steuerung Kfz-Verkehr

- Die Kreuzstraße und die Fieserbrücke sollte **nicht** wieder für den privaten Autoverkehr geöffnet werden.
- Wir wollen eine Möglichkeit schaffen, damit **Taxis** beim Kurhaus die Sperrung der Kaiserallee umfahren können. Wir schlagen daher einen Weg durch die Kurhausgaragen vor.
- Die **Verkehrsberuhigung** in der Innenstadt muss ausgebaut und verbessert werden. Aktuell findet dort zu viel Wildwuchs statt.

- Die Stadt sollte eine App einrichten, um **Mitfahrangebote** im Berufsverkehr zu ermöglichen.
- Noch immer fließt zu viel **Durchgangsverkehr** durch die einzelnen Stadtteile. Hier muss weiter an Konzepten und deren Umsetzung gearbeitet werden, um diesen effektiv zu reduzieren.

3. Energiewende & Klimaschutz

Der notwendige Umbau der Energieerzeugung auf klimaneutrale Systeme ist eine Jahrhundertaufgabe. Auch die Stadt Baden-Baden muss dazu beitragen, diese Herausforderung zu bewältigen. Die SPD Baden-Baden ist überzeugt, dass dies zum Wohle des Gemeinwesens gelingen kann, wenn in den nächsten Jahren die Anstrengungen verstärkt werden. Gleichzeitig muss sich Baden-Baden auf den kaum noch abzuwendenden Klimawandel mit all seinen Folgen einstellen – Stichwort Klimaresilienz. Wir schlagen daher folgende Maßnahmen vor:

- Die Stadt Baden-Baden muss selbst eine **Vorreiterrolle** bei der klimaneutralen Erzeugung von Energie einnehmen. Dafür müssen die Anstrengungen verstärkt werden, Photovoltaikanlagen auf allen öffentlichen Gebäuden zu errichten.
- Der **Denkmalschutz** darf die Klimaziele nicht aushebeln. Letztere müssen eindeutig Vorrang genießen.
- Wir setzen uns für **Windkraftanlagen** in Baden-Baden ein, soweit diese nicht mit den Auflagen aus dem Status als Weltkulturerbe in Widerspruch stehen. Energie muss vorrangig vor Ort erzeugt werden, um das Übertragungsnetz nicht zu überlasten und Verluste bei der Energieübertragung zu vermeiden.
- Wir wollen die **Stadtwerke** weiter stärken und vom reinen Energieverteiler zum Energieerzeuger umbauen, u.a. durch die Vermietung von PV-Anlagen.
- Das Programm **PV+** sollte massiv ausgebaut werden.
- Die finanzielle Förderung von **Balkonkraftwerken**, die in vielen Städten bereits sehr erfolgreich gestartet wurde, soll auch in Baden-Baden viele Mieter motivieren, klimafreundlich Strom zu erzeugen.
- **Stromspeicher** sind ein wichtiges Element im erneuerbaren Energiesystem der Zukunft. Hier sollte Baden-Baden aktiver werden und auch Modellprojekte mit innovativen Technologien umsetzen.

- Wir brauchen **PV-Anlagen** auf allen Dächern, wo dies möglich ist, z. B. durch stromerzeugende Dachziegel, aber auch auf Baggerseen oder brachliegenden Freiflächen.
- Um den PV-Ausbau zu erhöhen und die Wärmewende zu dynamisieren, sollte die Stadt **Beratungsangebote** für Eigentümer und Mieter bereitstellen. Der Informationsbedarf der Bürger, insbesondere im Bereich der staatlichen Fördermittel für derartige Investitionen, ist groß. Gleiches gilt für energiesparende Maßnahmen.
- Der städtische **Klimaaktionsplan** entspricht nicht mehr der aktuellen Gesetzeslage. Er muss daher fortgeschrieben werden.
- Wir setzen uns weiter für einen städtischen Energie- bzw. **Klimamanager** ein. Dieser soll insbesondere die sich ständig wandelnde Förderlandschaft der EU, des Bundes oder auch des Landes beobachten und für die Stadt nutzbar machen.
- Baden-Baden muss mehr Maßnahmen ergreifen, um **klimaresilienter** zu werden. Das betrifft die Speicherung von Oberflächenwasser ebenso wie die Begrünung von Bushaltestellen und Hausfassaden und -dächern und das Freihalten von Kaltluftschneisen.
- Baden-Baden hat eine kommunale **Wärmeplanung** verabschiedet, um Investitionen der Bürger in klimaneutrale Wärmeerzeugung abzusichern. Dieser Plan muss stringent verfolgt werden. Eine energetische Quartiersentwicklung sollte bei möglichen Erschließungen umgesetzt werden.
- Die **Fernwärme** muss klimaneutral umgebaut und insgesamt ausgebaut werden. Zu prüfen ist auch eine Dezentralisierung der Fernwärmeerzeugung, um die Umlandstadtteile klimaneutral mit Fernwärme zu versorgen.
- Wir setzen uns ein für einen mittelfristigen Einstieg in die **Wasserstoffwirtschaft**. Die Stadtwerke sollen entsprechende Planungen u.a. für eine Wasserstofftankstelle aufnehmen.

4. Wohnungen & Stadtentwicklung

Baden-Baden hat aktuell etwas mehr als 57.000 Einwohner, fast 10 % mehr als vor 10 Jahren. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum entspricht dieser Entwicklung nicht. Wir brauchen mehr Wohnungen. Die SPD Baden-Baden schlägt folgende Maßnahmen vor:

- Wir fordern mehr **bezahlbaren Wohnungen** in Baden-Baden.
- Baden-Baden braucht eine **Sozialbindung bei Baugenehmigungen**. Ab sofort sollten Neubauprojekte mit mehr als 10 Wohnungen nur dann genehmigt werden, wenn 30 % der

Wohnungen über eine Sozialbindung verfügen. Dafür muss die Stadt auch Finanzmittel zur Verfügung stellen. Siehe auch die Regelungen des Stuttgarter Innenstadtentwicklungsmodells SIM

- Der im gesamten Stadtgebiet feststellbare Leerstand von Wohnungen und Häusern muss konsequenter bekämpft werden, auch wenn die staatlichen Rechtsmittel dazu begrenzt sind. Daher fordern wir zunächst die Erstellung eines **Leerstandskatasters**, um die Situation zu erfassen. Dann sollten gezielt die Eigentümer dieser Immobilien motiviert werden, ihre Immobilien wieder dem Markt zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen können mit Fördermitteln des Landes finanziert werden. Hier muss die Verwaltung zwingend tätig werden. Denkbar ist dabei auch eine Anmietung von Wohnraum durch die Stadt, bzw. die Gewährung von Mietsicherung, um Befürchtungen von Eigentümern bzgl. Mietausfall den Boden zu entziehen.
- Baden-Baden braucht ein **Verbot der Zweckentfremdung**. Es kann nicht sein, dass Wohnungen dem normalen Wohnungsmarkt entzogen und als Ferienwohnungen mit hohem Profit bewirtschaftet werden.
- Die städtische Wohnungsgesellschaft GSE sollte verstärkt so genannte **Alters-WGs** anbieten bzw. bei Neubauprojekten entsprechend einplanen. So kann man betagten Menschen ermöglichen, aus großen, nur noch teilweise genutzten Wohnungen in neue Wohnformen umzuziehen.
- Die **Stadtplanung** in Baden-Baden steht ganz im Zeichen des Status der Stadt als UNESCO-Welterbe. Dieses Erbe wollen wir erhalten und weiterentwickeln. Stillstand bedeutet auch hier Rückschritt. Gleichzeitig muss diese Stadt für alle sozialen Schichten zu einem lebenswerten Ort weiterentwickelt werden. Die Umlandstadtteile dürfen dabei nicht vernachlässigt werden.
- Die freiwerdende Position des Baubürgermeisters kann ein zentraler Hebel für eine innovative Stadtplanung werden. Daher muss diese Stelle bundesweit ausgeschrieben werden. Wir brauchen eine*n **Stadtbaumeister*in** mit einer hohen fachlichen Expertise und einer klaren Vision für diese Stadt. Um diese umzusetzen, benötigen wir einen neuen Ämterzuschnitt in diesem Bereich der Stadtverwaltung. Eine zentrale Stadtplanung muss her!
- Der vorhandene **Stadtentwicklungsplan** muss endlich fortgeschrieben werden.
- Bei der **Entwicklung der Quartiere** darf die Verödung der Ortsmitten nicht weitergehen. Wir müssen darauf achten, dass die Basisinfrastruktur wie Geschäfte, Gaststätten oder auch gesellschaftliche Räume für Vereine und Kultur nicht abhanden kommen.
- Wir fordern mehr **öffentliche Toiletten**, z.B. im Wörthböschelpark
- Baden-Baden braucht endlich ein **Haus der Vereine**, damit soziales Leben auch außerhalb kommerzieller Strukturen stattfinden kann. Das betrifft insbesondere die Kernstadt.
- Wir wollen mehr **Begegnungsstätten** für Teenager einrichten.

- Wir wollen die **Zweitwohnungssteuer** reformieren und im Ergebnis erhöhen. Die aktuelle Staffelung ist nicht mehr zeitgemäß. Wir setzen uns daher für eine Änderung ein, um die Zahl der Zweitwohnungen einzudämmen.

5. Soziales & Migration

Baden-Baden ist eine wohlhabende Stadt, das belegen aktuelle Zahlen. Bei der realen Kaufkraft liegt die Stadt bundesweit auf Platz 3. Trotzdem stehen auch in Baden-Baden viele Menschen vor sozialen Problemen. Alleinerziehende, Senioren mit kleinen Renten, Geflüchtete usw. Damit Baden-Baden eine Stadt für Alle wird, in der nicht die Größe des Geldbeutels über gesellschaftliche Teilhabe entscheidet, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Der **Armutsbericht** von 2015 ist veraltet und muss dringend fortgeschrieben werden!
- Beim Bau neuer **Kinderspielplätze** sollte künftig auch auf inklusive Spielräume und barrierefreie Spielgeräte geachtet werden. Auch sollte eine barrierefreie Toilettenanlage in erreichbarer Nähe sein.
- **Familienpass**: Die Ausstellung des Familienpasses (5 Euro) muss kostenlos werden. Die Ermäßigungen z.B. für die Musikschule sollten für Familienpassinhaber auf 20 Prozent angehoben werden. Es sollen für Familienpassinhaber und sozial Schwache mit Berechtigungsschein regelmäßig Familientage in öffentlichen Einrichtungen (Bäder/ Museen) zum Nulltarif stattfinden inklusive freier Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.
- Die **aufsuchende Sozialarbeit** z. B. am Augustaplatz muss verbessert werden. Außerdem sollte im Bereich der Kernstadt gezielt ein entsprechender Treffpunkt inklusive Wärmestube eingerichtet werden.
- **Tagespflege** auch am Wochenende: Für pflegebedürftige Menschen, die durch Angehörige betreut werden, gibt es nur Montag bis Freitag in 2 Tagespflegeeinrichtungen ein Betreuungsangebot. Nur die Tagespflegeeinrichtungen in Steinbach bieten diese Betreuung auch samstags und sonntags. Angehörige müssen aber auch die Möglichkeit haben, sich am Wochenende ohne Betreuungsverpflichtung vom Alltag zu erholen und Kraft zu schöpfen. Wir fordern: Mindestens zwei weitere Tagespflegeeinrichtungen in Baden-Baden sollen Tagespflege auch am Wochenende anbieten. In allen Einrichtungen sollen einheitliche Qualitätsstandards gelten.
- Der **Stadt seniorenplan** muss endlich in Gänze umgesetzt werden.
- Die Schulen müssen besser mit **Schulsozialarbeitern** ausgestattet werden, um Kinder in schwierigen sozialen Verhältnissen gezielt zu unterstützen.

- Die Situation im Bereich der **Geflüchteten** ist weiter schwierig. Bei der Unterbringung wollen wir den Standort Waldseeplatz ausbauen. Die dortige Containerlösung muss beendet und durch den Bau zweistöckiger Häuser ersetzt werden.
- Die **Integrationsmaßnahmen** in Kitas und Schulen müssen verbessert werden. Das kann z. B. durch die Beschäftigung von Muttersprachlern in den Einrichtungen geleistet werden.
- Die **Betreuung** von Schulkindern, insbesondere in den Ferien, ist nach wie vor Stückwerk. Sie muss dringend ausgebaut und verbessert werden. Wir brauchen eine durchgängige Betreuung von 7 bis 17 Uhr von Montag bis Freitag mit einer Versorgung durch Mittagessen.
- Wir wollen uns einsetzen für ein **barrierefreies Baden-Baden**. Nach wie vor sind Menschen mit Handicaps in ihrem Alltag mit einer enormen Mehrbelastung konfrontiert, die sie alleine nicht bewältigen können. In Baden-Baden gibt es viele Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Auch mit Begleitperson bedarf es technischer Einrichtungen und Ausstattungen. Daher unterstützen wir für Gehbehinderte beim Besuch von Museen, Ausstellungen, Konzerten, Gastronomie, usw. durch
 - Stufenlose Zugänge
 - Rollstuhlgerechte Toiletten
 - Unterfahrbare Tische (bei Kaffees und Gastronomie)
 - Behindertenparkplätze
 - Türbreiten oder automatische Türen

6. Kultur

Theater, Kunst, Musik, Literatur, Architektur – Baden-Baden hat von all dem überreichlich zu bieten, und das muss so bleiben. Wir treten für eine Bestandssicherung aller kulturellen Institutionen der Stadt ein. Abstriche wird es mit der SPD nicht geben – ganz im Gegenteil. Denn die Vielfalt der Kultur ist der wichtigste Faktor für eine gute Zukunft unserer Stadt.

- Das kulturelle Angebot für **30- bis 50-Jährige** muss erweitert werden.
- Die Veranstaltung "**Baden-Baden lebt**" muss fortgesetzt werden.
- Es sollte eine stärkere **kulturelle Vernetzung** mit dem benachbarten Elsass stattfinden (z.B. ein gemeinsamer Musikaustausch)
- Der **Wandelgang der Trinkhalle** sowie die Trinkhalle selbst müssen stärker genutzt werden. Zum Beispiel für Tanzabende (Salsa, Walzer etc.)
- Das alte **E-Werk** wollen wir zu einem Begegnungsort für **Alle** Bürgerinnen und Bürger umgestalten. Dort könnte endlich in der Innenstadt ein Jugendtreff, ein Haus für Vereine

und ein attraktiver Veranstaltungsort mit bezahlbarem Tickets entstehen. In einem ersten Schritt sollte die Stadt einen Prozess in Gang setzen, um in einem Dialog mit der Bürgerschaft Ideen zu sammeln, was in dem historischen Gebäude und der vorhandenen Infrastruktur in Zukunft passieren soll. Daraus muss ein Konzept entwickelt und zügig umgesetzt werden. Nach Ansicht der SPD Baden-Baden muss diese Chance jetzt genutzt werden, um dem bestehenden Mangel an gesellschaftlichen Begegnungs- und Veranstaltungsräumen abzuhelpfen.

- Der städtische **Veranstaltungskalender** muss download-fähig werden, wie es bereits seit Jahren gefordert wird.
- Das **Theater** in Baden-Baden leistet einen unverzichtbaren Beitrag für das Kulturleben unserer Stadt und für die Förderung in den Schulen. Das Theater verdient unsere Wertschätzung. Es muss daher in jeder möglichen Form weiter unterstützt werden. Das betrifft insbesondere die technische und eine angemessene personelle Ausstattung
- Wir unterstützen den Wunsch der israelitischen Kultusgemeinde, eine **Synagoge** inklusive Gemeindezentrum an dem Standort der Alten Synagoge in der Stephaniensstraße zu errichten. Wir werden daher im politischen und gesellschaftlichen Raum alles dafür tun, um zumindest alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und gemeinsam an einer Lösung dieses Problems zu arbeiten. Notfalls muss der Gemeinderat aktiv werden, um ein für alle Mal klarzustellen, was der ausdrückliche Wunsch der Bewohnerinnen und Bewohner von Baden-Baden in dieser Angelegenheit ist.

7. Bildung & Betreuung

Die Zahl der Kinder in Baden-Baden steigt - sowohl die der unter 6 Jahren, als auch der schulpflichtigen. Dem muss die Stadt Rechnung tragen. Denn Schulen und Betreuungseinrichtungen sind ein wichtiger Ort der sozialen Integration.

- Wir fordern die Einrichtung zumindest einer **Gemeinschaftsschule** in Baden-Baden . Gemeinschaftsschulen sind integrierende Schulen, die Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Begabungen fördern und faire Startchancen für alle ermöglichen.
- Das Angebot für die Betreuung in Krippen und Kitas muss weiter ausgebaut werden. Wir streben weiter die **Gebührenfreiheit** in Kitas an.
- Der Fachkräftemangel im Bereich Bildung, Betreuung und Pflege kann nicht allein durch die Anwerbung von Fachkräften behoben werden. Vielmehr müssen diese Lücken durch eine verstärkte **Ausbildung** junger Menschen oder auch von Quereinsteigern geschlossen werden. Die Stadt sollte entsprechende Angebote entwickeln.

8. Zentralklinikum

Eine moderne, qualitativ hochwertige und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger von Baden-Baden zu gewährleisten, ist ein zentrales Anliegen der SPD Baden-Baden. Deswegen setzt sich die SPD Baden-Baden weiter dafür ein, ein neues Zentralklinikum Mittelbaden an dem Standort zu errichten, der nach sachlichen Kriterien der geeignete ist. Aktuell ist das der Standort Münchfeldsee. Nur so erhalten wir eine auf Dauer finanzierbare Lösung. Auf sich allein gestellt, kann die Stadt eine Klinik entsprechend den gesetzlichen Vorgaben nicht finanzieren. Eine privatwirtschaftliche Trägergesellschaft lehnen wir ab, da dann die Leistungen der Klinik nur auf Profitmaximierung ausgerichtet werden. Das ist nicht im Sinne einer umfänglichen Patientenversorgung.

Der Standort Balg sollte dann für andere soziale Dienste genutzt werden. Wir denken dabei an ambulante Pflegeeinrichtungen oder auch an eine Pflegeschule sowie den Erhalt des medizinischen Versorgungszentrums (MVZ). Die Trägergesellschaft der Klinik sollte hier zügig entsprechende Planungen beginnen.

9. Wirtschaft

Die Wirtschaft in Baden-Baden ist stark vom Dienstleistungssektor geprägt. Sei es die Medien- und Kreativwirtschaft mit dem SWR als Leuchtturm, sei es der Gesundheitssektor mit den vielen privaten Kliniken und natürlich der Tourismus, der die Gastronomie, das Beherbergungsgewerbe und den Handel prägt. In einigen Bereichen zeichnen sich in den letzten Jahren strukturelle Defizite ab, die wir aktiv bekämpfen wollen.

- **Belebung der Innenstadt:** Der stationäre Handel unterliegt einem Strukturwandel, der seit längerem durch die Tendenz zum Online-Shopping und zuletzt durch die Maßnahmen im Zuge der Coronapandemie geprägt ist. In der Innenstadt von Baden-Baden wird dies durch den Leerstand von Ladenlokalen offensichtlich. Die Stadt kann ihrerseits mehr tun, um die Innenstadt zu beleben, insbesondere durch die Schaffung der Stelle eines Citymanagers. Dieser kann die Interessen von Handel, Innenstadtbewohnern und Gesellschaft besser koordinieren, als die von privaten Interessen beherrschte Cityinitiative. Denn ein von spektakelartigen Events getriebener Aktionismus wird die Probleme allein nicht lösen. Vielmehr geht es darum, die Aufenthaltsqualität generell in der Innenstadt zu erhöhen. Menschen wollen Urbanität jeden Tag erleben, was nicht unbedingt durch Events oder Shopperlebnisse gegeben ist. Dazu müssen Konzepte her, die durch externe Expertise in die Stadt geholt und zusammen mit der Bürgerschaft entwickelt werden müssen. Nur

dann können dauerhafte Strategien zum Tragen kommen, die das herstellen, was Baden-Baden ausmacht: Eine internationale Stadt der Begegnung zu sein.

- **Gewerbegebiete:** Eine Ausweisung des **Segelflugplatzes** als Gewerbegebiet halten wir nicht für zielführend. Vielmehr sollten brach liegende Gewerbeimmobilien neu erschlossen werden, bzw. private Eigentümer motiviert werden, ihre Immobilien zu reaktivieren, z.B. das Postgebäude in Oos oder das BMW-Gelände.

10. Welterbe

Der Status der Stadt Baden-Baden als Teil des UNESCO-Weltkulturerbes "Great Spa Towns of Europe" macht uns stolz und ist uns eine Verpflichtung. Wir wollen alles dafür tun, dass diese Auszeichnung gelebt und gefördert wird. Die Herausforderung in den nächsten Jahren besteht darin, das Welterbe zu erhalten und weiterzuentwickeln. Denn die UNESCO verlangt nicht nur den Erhalt von Stadtbild und historischen Gebäuden, sondern auch eine Stadt, in der die Bädertradition gelebt wird. Nur dann ist Baden-Baden in der Zukunft attraktiv für Besucher und Bewohner. Baden-Baden darf nicht unter einer Käseglocke in Schönheit sterben, sondern muss für alle Menschen ein attraktives Angebot darstellen.

11. Verwaltung

- Die **Digitalisierung** der Verwaltung muss fortgesetzt werden. Es existieren inzwischen einige Initiativen, z. B. bei der Stadt München, dieses mit lizenzfreier Open-Source-Software zu organisieren. Das entlastet den städtischen Haushalt und ermöglicht Synergien mit anderen Kommunen. Diese haben oft bereits Lösungen entwickelt, die durch das Lizenzmodell allen frei zur Verfügung stehen.
- Die Stadt soll ein **Mitteilungsblatt** für die gesamte Stadt ermöglichen. Darin sollte jeder Fraktion eine $\frac{1}{2}$ Seite für Mitteilungen zur Verfügung stehen. Als naheliegende Lösung schlagen wir die Wiederbelebung der werbefinanzierten Kurstadt-Nachrichten vor.
- **Livestreaming:** Es bleibt eine Forderung der SPD, die Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse live ins Internet zu übertragen und als Aufzeichnungen öffentlich zur Verfügung zu stellen.

- Die **Ausländerbehörde** muss personell aufgestockt und eine Vernetzung mit dem Jobcenter hergestellt werden, damit Geflüchtete besser registriert und ihre Kompetenzen erfasst werden können. So könnte auch Personal für die Kinderbetreuungseinrichtungen generiert werden.
- Wir fordern die Einführung einer **Ehrenamtskarte**, wie das Land Baden-Württemberg es seit 01.08.2023 in ausgewählten Modellkommunen eingeführt hat. Dieser Modellversuch endet am 30.06.2024 und soll weitergeführt und auch in Baden-Baden eingeführt werden. Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte profitieren von ermäßigten Eintritten in verschiedenen Kultur-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen.
- Die Effizienz der **Verwaltungsarbeit** ist zu verbessern. Das lässt sich vor allem durch eine Digitalisierung der Verwaltung unter Nutzung von **künstlicher Intelligenz** erreichen. Es sind Synergieeffekte durch verstärkte kommunale Zusammenarbeit mit Mustergemeinden zu suchen, die diese Ziele schon gut erreicht haben. Der **Bürgerausweis** sollte sofort eingeführt werden. Für die Arbeitsplätze ist mobile Arbeit zu priorisieren. Insofern ist zu prüfen, ob in einem **neuen Rathaus** z. B. die technischen Abteilungen zusammengeführt werden können.
- Wir fordern die Schaffung einer Stelle, die sich allein um die Sichtung und Akquise von **Fördermaßnahmen durch die Europäische Union** kümmert.
- Wir wollen weiterhin die Stelle eines **Landschaftspflegers**, der insbesondere die Rebflächen im Rebland beobachtet und entsprechende Maßnahmen zu deren Erhalt anregt.

Wahlprogramm Ortschaftsrat Haueneberstein

Wir fordern für Haueneberstein

- eine Kommunalpolitik, die nicht nur die Innenstadt im Blick hat
- die zügige Vollendung der Umgestaltung der Ortsmitte
- ein Dorfentwicklungsprogramm zur Aufwertung des Zentrums und Verringerung des Leerstands
- eine aktivere Einkaufspolitik der „Gesellschaft für Stadterneuerung“, um das Ortsbild positiv mitzuprägen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen
- Rückbau und Tempo 30 in der Karlsruher Straße
- Nach Rückbau im Herrenpfädels mit Tempo 30, Weiterführung Tempo 30 bis Firma Birco Richtung Stadt (Stadtklinik)
- Ausbau der Kinderbetreuung für unter Sechsjährige, um mit dem steigenden Bedarf Schritt zu halten
- Schaffung einer Begegnungsstätte zur vielfältigen Nutzung
- Bau einer Betreuungseinrichtung für Senioren, damit diese in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können, zum Beispiel in Au2

Wahlprogramm Ortschaftsrat Rebland:

- Langfristige Abschaffung der Kindergartengebühren
- Ausweitung der Schulkinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Bezahlbarer Wohnraum und bezahlbare Bauplätze
- Mehr Transparenz bei Entwicklung und Planung neuer Baugebiete und bei der Vergabe von Bauplätzen
- Für die Rebbewässerung Sammelbehälter oder Zisternen, kein Einsatz von Trinkwasser
- Sicherung von Steillagen und unbewirtschafteten Rebhängen gegen Starkregen
- Weiterentwicklung des Tourismus in Kooperation mit dem Nationalpark Nordschwarzwald, den hiesigen Winzern und der Gastronomie
- Ein Carsharingkonzept für das Rebland
- Umfassende Sanierung der Gehwege
- Ausbau des ÖPNV im Rebland
- Einen individuell angepassten Ringverkehr mit Kleinbussen innerhalb des Reblands
- Erstellen und Umsetzen eines Radwegekonzepts

Wahlprogramm Ortschaftsrat Sandweier

Wohnen in Sandweier:

- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Sandweier, hierfür Anpassung der Richtlinien zur Wohnungsbauförderung an die Realität des Marktes
- Wohneigentum vor Kapitalanlage
- Sanierung der ehemaligen Lehrerwohnungen in der alten Schule
- Neubau von städtischen Mietwohnungen

Ortsbild und Dorfentwicklung:

- Gesamt-Dorfentwicklungskonzept inklusive Generalverkehrsplan für Sandweier
- Weiterentwicklung des Ortsmittelpunktes, Ordnung des dort vorhandenen Parkraums
- Ausweisung einer verkehrsberuhigten Achse zwischen der Rheintalhalle und der Grundschule
- Zeitnahe und zeitgemäße Umgestaltung der Ortseinfahrten
- Konsequenter Rückbau der Sandweierer Straße zwischen CAP-Markt und Ortsausgang nach Rastatt
- Zügige Sanierung der innerörtlichen Gehwege
- Flächendeckende angemessene Ausleuchtung der Straßen und Wege
- Barrierefreier Zugang zur Ortsverwaltung

Umwelt und Natur:

- Nachhaltige Aufwertung des Ortsbildes mit ansprechender Bepflanzung
- Erhalt, Ausbau und regelmäßige Pflege der innerörtlichen Grünflächen
- Errichtung von E-Auto-Ladestationen
- Ausweisung von Mit-Fahr-Punkten und Carsharing-Stellplätzen

Verkehr:

- Ertüchtigung des Fahrradwegs entlang der Oos nach Rastatt
- Entschärfung der Querungssituation beim Radweg von Oos nach Sandweier an der Richard-Haniel-Straße
- Bessere Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr durch Kleinbusse, Rufbusse und Sammeltaxis mit modernen digitalen Bezahlssystemen
- Aufstellung eines Fahrkartenautomaten in der Ortsmitte
- Shuttle-Verbindung zum Strandbad Sandweier
- Ermöglichung von Tempo 30 in den Hauptverkehrsachsen Sandweiers durch Rückbau und zeitgemäße Umgestaltung
- Schaffung sowie Ordnung des öffentlichen Parkraums und dessen regelmäßige Überwachung

Kindertagesstätten und Grundschule:

- Ausreichende, wohnortnahe, verlässliche und umfassende Betreuungsangebote für Klein-, Kindergarten- und Schulkinder
- Ausbau der Ferienbetreuung
- Schaffung weiterer Freizeitangebote für Jugendliche
- Ausbau der Calisthenics-Anlage auf Höhe der Krautgärten

Betreuung und Pflege vor Ort:

- Bezahlbare wohnortnahe Pflege- und Betreuungsplätze beim neuen Baugebiet „Am Iffzer Weg“
- Förderung und Schaffung von generationenübergreifenden Wohnformen

Zusammenleben:

- Stärkung des Ehrenamts und der Vereine als verlässliche Begegnungsmöglichkeiten für die Bevölkerung



- Förderung von Integration und Inklusion durch wohnortnahe Angebote